Internationale Nachrichten

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **171 (2005)**

Heft 9

PDF erstellt am: **19.03.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

DEUTSCHLAND

Neue Ausbildungsschwerpunkte für die Bundeswehr

Die Heerestruppen der Bundeswehr müssen nach den Worten des Generalinspekteurs Wolfgang Schneiderhan auf eine neue Art von Kriegseinsätzen vorbereitet werden. Das Schwergewicht liegt in den kommenden Jahren bei zum grossen Teil länger dauernden Auslandeinsätzen. Die Streitkräfte müssen dabei in den Krisenregionen ein breites Spektrum unterschiedlicher Aufgaben übernehmen können. In einer Rede vor der Bundesakademie für Sicherheitspolitik Ende Juni 2005 in Berlin sprach Schneiderhan von einem «Drei-Block-Krieg», bestehend aus «Duell, Sabotage und Wiederaufbau», der im Zusammenhang mit Auslandeinsätzen zu führen ist.

Dies hat auch Auswirkungen auf die künftige militärische Ausbildung. Nach einem neuen Konzept sollen die Soldaten und Vorgesetzten darauf eingestellt werden, dass sie im Auslandeinsatz zugleich mit Häuserkampf, der Abwehr von Hinterhalten, Betreiben von Kontrollposten und mit diversen Hilfeleistungen an die Zivilbevölkerung konfrontiert werden. So geht es künftig um die Gleichzeitigkeit von bewaffneten Auseinandersetzungen, Stabilisierungsaufgaben und humanitärer Unterstützung. Das stellt viel höhere Anforderungen an die Soldaten und vor allem an die Kader als früher. Bei den meist unter schwierigen Verhältnissen und diffuser Bedrohungslage durchzuführenden Aufträgen sind zudem vermehrt Einzelentscheidungen von Soldaten und Unteroffizieren der unteren Rangebenen gefordert. Diese Aspekte sollen künftig bei der Ausbildung berücksichtigt werden. Als künftig notwendige Ausbildungsschwergewichte werden im Weiteren erwähnt:

- polizeiliche Aufgaben,
- Kampfaufgaben im urbanen Gebiet inkl. Häuserkampf,
- Kommunikation und Verhandlungsführung
- und humanitäre Aufgaben.

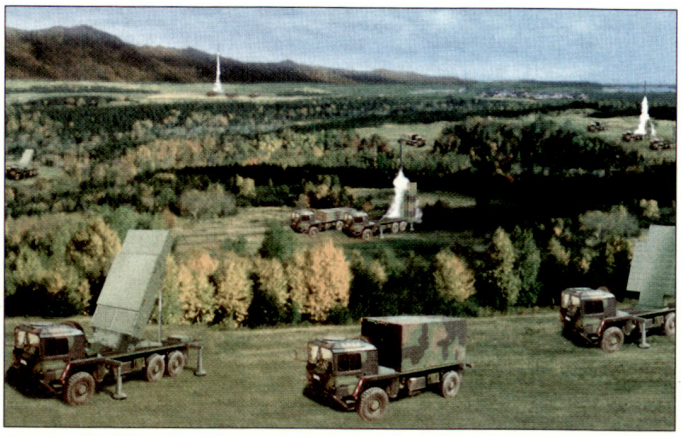
Verlangt wird vom Generalinspekteur deshalb ein tief greifender Prozess des Umdenkens innerhalb und ausserhalb der Bundeswehr. Neben den geplanten Anpassungen von Struktur und Organisation müsse auch der «mentalen Transformation» besondere Beachtung geschenkt werden. hg



Ausbildung im Verhalten gegenüber Demonstranten an der Infanterieschule der Bundeswehr.

Entwicklungsvertrag für MEADS unterzeichnet

Ende Mai 2005 unterzeichneten Vertreter der Vereinigten Staaten von Deutschland und Italien gemeinsam den Vertrag zur Entwicklung des Waffensystems «MEADS», das gegen Marschflugkörper und auch taktische ballistische Flugkörper wirksam sein soll. Das Kürzel «MEADS» steht für «**M**edium **E**xtended **A**ir **D**efense **S**ystem». «MEADS» hat «Plug and Fight»-Fähigkeiten. Es kann je nach Bedrohungslage zusammengestellt werden. Z. B. durch zusätzliche integrierbare Sensoren und Waffen. Die voll ausgestattete Feuereinheit wird aus einem Luftüberwachungsradar, zwei Feuerleitradargeräten, zwei Führungs- und Waffeneinsatzfahrzeugen, sechs Startgeräten für Lenkflugkörper und drei Nachladefahrzeugen bestehen. Das System ist sehr beweglich und kann mit den Transportflugzeugen C-130 oder dem zukünftigen A400M selbst über weite Entfernungen in Einsatzgebiete transportiert werden. Mit «MEADS» soll das jetzige System «Patriot» abgelöst werden.



Komponenten des neuen Luftverteidigungssystems «MEADS».

Mit dem neuen Luftverteidigungssystem soll vor allem auf eine neue Bedrohungslage, insbesondere auf den Einsatz ballistischer Flugkörper, die von terroristischen Kräften oder so genannten Schurkenstaaten abgeschossen werden, reagiert werden können. Es ist eine Tatsache, dass Länder wie Nordkorea oder der Iran an solchen Projekten forschen und arbeiten und die Gefahr der Weitergabe an nicht staatliche Interessenten sich weiter ausbreitet. Um sich vor derartigen Gefahren zu schützen, stellten die USA und die Staaten Westeuropas schon Mitte der 80er-Jahre einen Bedarf an modernen Flugabwehrsystemen fest.

Die Bekämpfung ballistischer Flugkörper mit ABC-Gefechtsköpfen im Anflug ist nur möglich, wenn der Gefechtskopf zielgenau getroffen wird. Das System «MEADS» soll diese Anforderungen erfüllen. Durch die Unterzeichnug des Entwicklungsvertrages scheinen die politischen und sachlichen Bedenken, die vor allem wegen der hohen Kosten und der geringen Reichweite entstanden sind, überwunden zu sein (siehe auch ASMZ 5/2005, Seite 52/53). Tp.

US-Nuklearwaffen bleiben in Deutschland stationiert

Die Verteidigungsminister der NATO haben an ihrem Frühjahrstreffen im Juni 2005 in Brüssel u. a. das Thema Nuklearwaffe im Rahmen der geheim tagenden Nuklearen Planungsgruppe erörtert. In der Schlusserklärung zur Tagung hiess es lediglich, die Allianz habe nicht die Absicht, ihr strategisches Konzept zu ändern resp. einen Abbau der Nuklearwaffen in Europa zu veranlassen.

Gemäss Presseberichten sollen in Deutschland noch insgesamt 150 taktische atomare Gefechtsköpfe der US-Streitkräfte gelagert sein: rund 130 davon auf dem Luftwaffenstützpunkt Ramstein und 20 in Büchel. In den letzten Jahren wurden die nuklearen Gefechtsköpfe aus den Stützpunkten Memmingen und Mörvenich vollständig abgezogen resp. vermutlich zum Teil nach Ramstein, dem wichtigsten US-Luftwaffenstützpunkt in Mitteleuropa, verlegt. Insgesamt sollen gemäss Angaben von US-Politikern in Europa noch 480 taktische Nuklearwaffen stationiert sein. Allerdings werden aus Geheimhaltungsgründen seit Jahren keine genauen Zahlen mehr genannt, sodass möglicherweise die wirkliche Zahl mittlerweile deutlich darunterliegt. Nebst den erwähnten Standorten in Deutschland verfügen auch weiterhin US-Stützpunkte in Grossbritannien, Belgien, Italien, den Niederlanden und der Türkei über Nuklearwaffen. Mit ihren Äusserungen hat die NATO den sicherheitspolitischen Wert unterstrichen, den sie in der Existenz von Atomwaffen in Mitteleuropa weiterhin beimessen will. Damit gelten nach wie vor die Erkenntnisse, dass die Verfügungsgewalt über diese Kategorie von Waffen mithelfen soll, die Glaubwürdigkeit von Abschreckung zu stärken und dass in bestimmten Lagen einer absehbaren politischen Konfrontation die Existenz von Nuklearwaffen weiterhin nützlich sein kann.

Aus deutscher Sicht hat der Verbleib amerikanischer Nuklearwaffen auf deutschem Boden weiterhin auch sicherheitpolitisches Gewicht: Die deutsche Politik gewinnt auf diese Weise gegenüber dem Bündnispartner USA das Recht auf Mitsprache. Dieses steht nur jenen Staaten zu, die auch bereit sind, die Lasten der Stationierung solcher politisch brisanter Waffen zu tragen.

In den nächsten Jahren kann allerdings mit einer weiteren Reduzierung des amerikanischen Nuklearwaffenarsenals in Europa gerechnet werden. Diese Reduktionen stehen auch mit der zurzeit laufenden weltweiten Redislozierung der US-Streitkräfte im Zusammenhang. Bekannlich ist dabei ein weiterer Abbau der US-Kräfte in Europa vorgesehen. hg

Bundeswehr reorganisiert den Heimat- und Katastrophenschutz

Zusammen mit der primären Neuausrichtung der deutschen Bundeswehr auf Auslandeinsätze soll nun auch die so genannte innere Struktur, die für Katastrophenhilfe im eigenen Land vorgesehen ist, grundlegend reformiert werden. Ein entsprechendes Konzept stellte der Inspekteur der Streitkräftebasis, Generalleutnant Dieter, Anfang Juli vor.

Der Einsatz der Bundeswehr im Inland soll mittels einer Anpassung des Grundgesetzes ermöglicht werden. Geplant ist ein gut ausgestalteter Heimatschutz, der mittels Territorialstrukturen und eines nationalen Sicherheitsrats im Überbau geschaffen werden soll. Kern der bereits ab 2006 geplanten Neugestaltung ist die Schaffung von 16 Landeskommandos und bundesweit 16 spezialisierten Bataillonen, auf die die Bundesländer im Krisenfall zurückgreifen können. Diese sollen auch bei der Bewältigung von Folgen terroristischer Anschläge zur Verfügung stehen. Die 27 bislang bestehenden Verteidigungsbezirkskommandos sollen aufgelöst werden. In jedem der 16 Bundesländer werden neu so genannte Landeskommandos als ständige Stäbe eingerichtet. Zudem sind weiter unten nicht ständige Kommandos bis zur Ebene der Städte, Kreise und Bezirke vorgesehen.

Um im Falle einer Katastrophe den Ländern gezielte Hilfe leisten zu können, werden laut General Dieter bis 2009 auch regionale Stützpunkte mit Spezialbataillonen geschaffen: Darunter sind fünf Bataillone mit Pioniertechnik, neun Bataillone für den Sanitätsdienst und zwei Bataillone für die ABC-Abwehr. Zudem soll auf Bezirks- und Kreisebene ein Reserveoffizier ständiger Ansprechpartner der örtlichen Zivilbehörden werden.

Es scheint, dass die Frage des Einsatzes der Bundeswehr im Innern wegen der allgemein zunehmenden Terrorbedrohung in Europa zu einem wichtigen innenpolitischen Thema werden könnte. Die Bundeswehr soll künftig nicht nur am «Hindukusch», sondern auch als effizienter Katastrophenschutz im eigenen «Hinterland» zur Verfügung stehen. hg

ITALIEN

Hohe Belastung der Streitkräfte durch internationale Einsätze

Die italienischen Streitkräfte haben derzeit etwa 10000 Soldaten (Stand August 2005) in diversen weltweit laufenden Operationen im Einsatz. Italien ist gegenwärtig einer der grössten Truppensteller der Welt. Die grössten italienischen Kontingente sind auf folgende Krisenregionen verteilt:

- Operation Iraqi Freedom, innerhalb der MND Süd, zirka 3000 Soldaten,
- NATO-Mission KFOR im Kosovo, 2700 Soldaten,
- NATO-Mission ISAF in Afghanistan, rund 1300 Soldaten.

Weitere kleinere Kontingente stehen bei der EUFOR, in Bosnien Herzegowina und seit diesem Frühjahr auch im Sudan im Einsatz. In der UNO-Mission UNMIS im Sudan sind gegenwärtig rund 250 Soldaten des 183. italienischen Fallschirmjägerregiments beteiligt. Das zu einer internationalen Task Force zusammengestellte Bataillon wird durch Versorgungstruppen aus Norwegen und Dänemark unterstützt. Der Einsatz der Italiener ist auf sechs Monate ausgelegt und dürfte im Spätherbst zu Ende gehen. Anschliessend sollen diese Aufgaben durch afrikanische Truppen übernommen werden.

In letzter Zeit wurde von der italienischen politischen Führung darauf hingewiesen, dass ab Herbst 2005 mit einem schrittweisen Truppenabzug des italienischen Kontingentes «Antica Babilonia» aus dem Südirak begonnen werden soll. Die italienische Ankündigung hat vor allem von amerikanischer Seite gewisse Verwunderung hervorgerufen. Unterdessen hat aber das italienische Parlament einer Verlängerung des Einsatzes bis Ende 2005 zugestimmt, wobei in diesem Herbst eine Bestandesreduktion um 300 Soldaten vorgenommen wird.

Mit der Kommandoübernahme der ISAF in Afghanistan ab August 2005 wollen die italienischen Streitkräfte aber weiterhin ihre Präsenz im Ausland präsentieren.



Italienischer Konvoi, geschützt durch Schützenpanzer «Centauro» im Irak.

Gleichzeitig soll noch in diesem Jahr das regionale Wiederaufbauteam in Herat (PRT) unter italienischer Führung der NATO unterstellt werden. Italien wird dabei u.a. auch durch spanische Truppen unterstützt. Wie andere europäische Nationen dürften sich die italienischen Streitkräfte in nächster Zeit vor allem in Afghanistan engagieren. hg

GROSSBRITANNIEN

Zusätzliche Spezialtruppen für die britische Armee

Das britische Verteidigungsministerium hat im Frühjahr 2005 die Aufstellung eines zusätzlichen Verbandes Spezialtruppen bekannt gegeben. Das neu vorgesehene Special Reconnaissance Regiment (SRR) ist für Sondereinsätze im Bereich Aufklärung und Überwachung vorgesehen. Das für laufende Einsätze der British Army dringend benötigte Regiment soll bereits im April 2006 einsatzbereit sein. Die Neuaufstellung erfolgt auch im Zusammenhang mit der umfassenden Umstrukturierung der britischen Streitkräfte (siehe auch ASMZ 5/2005, Seite 52).

Insbesondere im Zusammenhang mit der internationalen Terrorismusbekämpfung benötigen die britischen Streitkräfte speziell ausgebildete Truppen. Dadurch erhofft man sich – insbesondere auch nach den Anschlägen in London im Juli dieses Jahres – eine Effizienzsteigerung bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Der Bedarf an weit reichender Spezialaufklärung ist bereits in der neuen britischen Strategic Defence Review festgehalten.

Die Bestände für das neue Regiment sollen unmittelbar aus bereits bestehenden Strukturen im Bereich Spezialaufklärung sowie aus Freiwilligen anderer Regimenter gewonnen werden. Zudem soll die Rekrutierung von Freiwilligen für diese Spezialtruppen forciert werden, damit der künftige Bedarf abgedeckt werden kann. Das neue Regiment wird direkt dem Director Special Forces unterstellt sein und Teil der neu geschaffenen UK Special Forces Group werden.

Einheiten der britischen Spezialtruppen stehen bei den laufenden Truppeneinsätzen in den Krisenregionen Irak und in Afghanistan praktisch dauernd im Einsatz. Dazu kommt ein zunehmender Bedarf für Sondereinsätze in den Krisenregionen Afrikas. hg

ÖSTERREICH

Bundesheer übernimmt regionales Kommando bei der EUFOR in Bosnien-Herzegowina

Das österreichische Bundesheer wird ab Dezember 2005 das Kommando über die Task Force North beim EU-Militäreinsatz «Althea» in Bosnien-Herzegowina übernehmen. Der entsprechende Ministerratsbeschluss und auch die Zustimmung des Hauptausschusses des österreichischen Nationalrates bezüglich der Finanzierung sind unterdessen erfolgt. Das Bundesministerium für Landesverteidigung rechnet mit Zusatzausgaben von rund 3,5 Mio. Euro für

die Ausübung dieser Kommandofunktion.

Gemäss Verteidigungsminister Günther Platter ist dies das erste Mal, dass das Bundesheer bei einer internationalen Mission eine derart wichtige Führungsfunktion übernimmt. Österreich wird dabei ein Jahr lang für rund 1700 Soldaten und 500 Zivilpersonen der Task Force North mit HQ in Tuzla zuständig sein. Der Verantwortungsraum (AOR) umfasst dabei ein Gebiet mit rund 1,5 Mio. Einwohnern und ist so gross wie Vorarlberg und Tirol zusammen. Das österreichische Kontingent wird insgesamt etwa 300 Soldaten, vorwiegend für Stabsfunktionen, sowie ein Bewachungsdetachement umfassen.

Österreich wird gemäss Platter im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) seinen Schwerpunkt weiterhin auf dem Balkan konzentrieren. Das diesbezügliche Engagement sei ein klares Signal für die Sicherheit und Stabilität in dieser Region, von der schlussendlich Österreich und die EU profitieren können. Er rechne auch damit, dass die EU in etwa drei Jahren die derzeit von der NATO geführte Militäroperation in der südserbischen Provinz Kosovo übernehmen werde.

Gegenwärtig sind über 1300 österreichische Soldaten in internationalen Einsätzen tätig: 300 davon in Bosnien-Herzegowina, 550 im Kosovo, 370 auf dem Golan und gegen 100 zeitlich befristet in Afghanistan.

Gemäss Planung sollen mittelfristig bis zu 3500 Soldaten für Auslandeinsätze zur Verfügung stehen. Dabei soll im Rahmen der Heeresreform 2010 das Prinzip der freiwilligen Meldung zu solchen Einsätzen wegfallen. Berufssoldaten sollen künftig zu Auslandeinsätzen verpflichtet werden können. hg

UNGARN

NATO ist besorgt über den weiteren Abbau bei den Streitkräften

Aus finanziellen Gründen muss das ungarische Verteidigungsministerium in diesem Jahr weitere Einsparungen vornehmen. Das bringt die ungarische Honved-Armee gemäss Aussagen des administrativen Staatssekretärs im Verteidigungsministerium an einen Scheideweg, denn das diesjährige Verteidigungsbudget beträgt somit nur noch 282,9 Mrd. Forint (knapp 1,8 Mrd. SFr.), das sind rund ein Viertel weniger als ursprünglich im zehnjährigen Heeresformplan vorgesehen worden war.

Das ungarische Verteidigungsministerium hat nun darüber zu entscheiden, ob mit weniger Ressourcen primär die aus der Mitgliedschaft zur NATO entstandenen Pflichten erfüllt werden sollen oder ob weiterhin die per Gesetz zugewiesenen Aufgaben der Landesverteidigung Vorrang haben. Denn mit den gekürzten Budgetzahlen kann unmöglich den beiden Verpflichtungen Rechnung getragen werden.

Gemäss Aussagen des Staatssekretärs sollen in diesem Jahr im Verteidigungsministerium und den angeschlossenen Institutionen aus Spargründen insgesamt 2428 Stellen eingespart werden. Aus dem aktiven Dienst sollen zudem 11 Generäle, 97 Obersten und 223 weitere Offiziere ausscheiden und in den Ruhestand versetzt werden. Bis Ende 2006 soll der Gesamtpersonalbestand im Ministerium und in den angeschlossenen Institutionen nur noch 4500 Personen betragen; die Zahl der Soldaten soll auf 24500 limitiert werden. Das Verteidigungsministerium Ungarns hat zugegeben, dass die NATO die Entwicklungen innerhalb der Honved-Armee mit Besorgnis verfolge und gewisse eigene ungarische Sicherheitsinteressen als überflüssig erachtet.

Von den NATO-Experten werden bei den ungarischen Streitkräften die folgenden Schwachpunkte genannt:

- Fehlende Führungs- und Unterstützungsmittel
- Veraltete Helikopter resp. fehlende taktische und operative Lufttransportmittel
- Nur beschränkt einsatzfähige Truppen für internationale Einsätze im Ausland usw.

Die NATO soll von Ungarn verlangt haben, dass die Honved-Armee bis 2010 eine vollständige, rasch einsetzbare Brigade zur Verfügung stellen kann. Bis auf weiteres steht aber nur knapp ein Bataillon einsatzbereit. Im Weiteren kritisiert die NATO, dass mit der verzögerten Einführung der neuen Kampfflugzeuge bis 2010 lediglich vier einsatzfähige JAS-«Gripen» vorhanden sind. L.K.

ISRAEL

Aktives Schutzsystem «Trophy»

In den vergangenen Jahren haben die israelischen Streitkräfte (IDF) und die Firma Rafael als Hauptauftragnehmer zusammen mit der ELTA Systems unter der Bezeichnung «Trophy» ein aktives Schutzsystem für Kampffahrzeuge entwickelt. Das von den israelischen Vertretern als das gegenwärtig weltweit modernste Schutzsystem bezeichnete «Trophy» wurde anlässlich der zweiten internationalen Konferenz und Ausstellung über Low Intensity Conflict im März 2005 in Tel Aviv vorgestellt.

Das u. a. auch für den Kampfpanzer «Merkava Mk 4» vorgesehene System soll einen umfassenden Schutz gegen eine ganze Bandbreite von Panzerabwehrwaffen bieten. Das System ist in der Lage, sowohl Raketen aus Panzerfäusten (inkl. RPGs) und auch Lenkflugkörper aus PAL-Systemen abzufangen.

«Trophy» ermöglicht die Bekämpfung solcher Waffen in drei Hauptphasen:

- Bedrohungserfassung und -warnung
- Bedrohungsverfolgung und Bestimmung des Abfangpunktes
- Neutralisierung der Bedrohungswaffe durch Hard Kill.

Das Subsystem für Bedrohungserfassung und Warnung besteht aus mehreren Sensoren, mit eingeschlossen ist ein Suchradar mit vier Panel-Antennen, die um das Fahrzeug herum montiert sind. Die Entwicklung von «Trophy» konnte nach hunderten von Testversuchen, die stationär und ab Fahrzeugen stattgefunden haben, erfolgreich abgeschlossen werden. Eine Integration dieses aktiven Schutzsystems kann jederzeit in schwere, mittlere und leichte Kampffahrzeuge vorgenommen werden.

Bei der Entwicklung von «Trophy» wurden sehr strenge Sicherheitsforderungen der Heerestruppen berücksichtigt. So sollen Hohlladungsgefechtsköpfe, vor allem auch sämtliche von RPGs verschossenen Gefechtsköpfe rechtzeitig ausgeschaltet werden, ohne wesentliche Beeinträchtigung der eigenen Fahrzeuge. Es soll nur sehr vereinzelt zu geringen Kollateralschäden gekommen sein. Einsatztests und Simulationen haben zudem ergeben, dass die Gefährdung von sich in der Nähe befindender eigener Infanterie oder Fahrzeugbesatzungen durch Kollateralschaden praktisch nicht vorhanden ist. Das aktive Schutzsystem «Trophy» wird u. a. auch als Zusatzschutz für die amerikanischen Schützenpanzer «Stryker» angeboten. D.E.



Schützenpanzer «Stryker», ausgerüstet mit dem aktiven Schutzsystem «Trophy».

EUROPA

Das europäische Navigationsprogramm «Galileo» nimmt Gestalt an

Ende 2004 hat das «Galileo»-Konsortium mit dem Aufbau des geplanten weltweiten europäischen Navigationsprogrammes begonnen. Ziel ist es, ein vom amerikanischen GPS (Global Positioning System) unabhängiges, aber mit ihm kompatibles europäisches System zu erhalten. 28 Satelliten sollen nach derzeitigem Planungsstand ab 2008 zur Verfügung stehen, um in der Seefahrt, im Luftverkehr und an Land die eigene Position auf wenige Meter ge-

nau zu bestimmen. Das Projekt hat ein Gesamtvolumen von rund 3,5 Mrd. Euro und wird von Galileo Industries mit Sitz in Ottobrunn bei München aufgebaut und betrieben. Das europäische System wird im Unterschied zum kostenlosen, aber militärisch genutzten GPS zivil und kommerziell genutzt. Die Differenzen zwischen den USA und Europa bezüglich der weiteren Nutzung weltweiter Navigationssysteme scheinen unterdessen ausgeräumt zu sein, nachdem im Sommer 2004 zwischen der EU und den Vereinigten Staaten das entscheidende Abkommen unterzeichnet wurde. Über die Förderung, Bereitstellung und Nutzung der beiden Satellitennavigationssysteme soll ein paralleler Betrieb beider Systeme ohne Störung der Signale des jeweils anderen Nutzers ermöglicht werden. Das absehbare Marktpotenzial ist beträchtlich: Weltweit wird mit mindestens drei Mrd. Empfangsgeräten und Einnahmen von rund 250 Mrd. Euro im Jahr gerechnet. Zudem sollen in diesem Zusammenhang mehr als 150 000 hoch qualifizierte Arbeitsplätze alleine in Europa geschaffen werden. Die Ausschreibungen für Firmenkonsortien sind bereits 2004 angelaufen. Unterdessen interessiert sich auch China für die Nutzung des Systems. Gegenwärtig stellt sich in Europa vor allem die Frage, warum «Galileo» nur zivil genutzt werden soll? Sollen die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) und die künftigen europäischen Truppeneinsätze weiterhin vollumfänglich von GPS abhängen? Und wofür werden die 20 Prozent Kapazitäten genutzt, die den 25 Mitgliedsstaaten zur Verfügung stehen? Diese könnten am ehesten militärisch genutzt werden. In den nächsten Monaten dürften diese Fragen innerhalb der EU auf der Traktandenliste stehen. hg

USA

Zusätzlicher Bedarf für Aufklärungsflugkörper «Predator»

Die US Air Force will ihre «Predator»-Flotte weiter aufstocken. Um dem zunehmenden Bedarf an geforderten Kapazitäten für die bewaffnete Aufklärung gerecht zu werden, soll der heutige Bestand von rund 40 Fluggeräten «Predator» in den nächsten Jahren wesentlich erhöht werden.

Gegenwärtig unterhält die US Air Force auf der Nellis Air Force Base in Nevada drei Staffeln mit dem unbemannten UAV MQ-1 «Predator». Hersteller dieses Aufklärungssystems ist die Firma General Atomics Aeronautical Systems. Die so genannten Fluggeräte «Predator» tragen unterschiedliche Sensoren, mit denen Bodenziele entdeckt und verfolgt werden können, sowie als Bewaffnung Lenkwaffen vom Typ «Hellfire». Damit sollen bei Bedarf im Zuge von Aufklärungsaufträgen auch allfällige gegnerische Ziele bekämpft werden. Diese bewaffneten Aufklärungseinsätze sollen sich in Afghanistan und Irak bewährt haben.

Die aktuellen Planungen sehen nun für die nächsten zehn Jahre eine Erhöhung der Staffelanzahl auf 15 vor; jede Einheit (Staffel) soll über 12 Fluggeräte verfügen. Dabei sollen nebst der Grundversion MQ-1 später auch die leistungsstärkere Weiterentwicklung MQ-9, ausgerüstet mit Turbopropo-Antrieb, beschafft werden. UAV-Systeme vom Typ «Predator» stehen bei den US-Streitkräften seit 1995 im Truppeneinsatz. Unterdessen bemühen sich auch andere Staaten (z. B. Italien) um eine Beschaffung solcher unbemannter Luftaufklärungssysteme. Ursprünglich waren die Flugkörper unbewaffnet und wurden mit RQ-1 bezeichnet. hg



Unbemannter Aufklärungsflugkörper MQ-1 «Predator», ausgerüstet mit zwei Lenkwaffen «Hellfire».

Das neue europäische Transportflugzeug A400M konkurrenziert die amerikanische C-130J «Super Hercules»

Mit der Entwicklung und Vermarktung des neuen europäischen Transportflugzeuges A400M wird vor allem dem amerikanischen Flugzeughersteller Lockheed Martin auf dem Weltmarkt ernsthafte Konkurrenz erwachsen. Lockheed Martin produziert u. a. auch das Transportflugzeug C-130J «Super Hercules», von dem die US Air Force gesamthaft 168 Maschinen beschaffen will. Eine Kürzung dieser geplanten Beschaffungszahl wurde kürzlich durch den US-Kongress abgelehnt.

Im Gegensatz zur europäischen A400M, deren Serienproduktion erst im Jahre 2008 beginnen soll, steht die C-130J bereits seit Ende der 90er-Jahre in Produktion. Nebst der US Air Force haben bis heute folgende Staaten Maschinen vom Typ «Super Hercules» bestellt:

- Grossbritannien 25 Maschinen
- Australien 12 Maschinen vom Typ C-130J-30
- Dänemark 7 Flugzeuge und
- Italien 22 Maschinen.

Von der europäischen A400M sind bis heute insgesamt 188 Flugzeuge bestellt worden (siehe auch ASMZ 7/8 2005, Seite 83). hg



US-Transportflugzeug C-130J «Hercules».

Japan erhält US-Lizenz zur Produktion von Lenkwaffen «Patriot PAC-3»

Gemäss japanischen Presseberichten soll Japan zusammen mit seinem Sicherheitspartner USA eine Lizenz zur Produktion von «Patriot»-Lenkwaffen der Version PAC-3 erhalten. Vorgesehen ist, die leistungsfähigen Lenkwaffen in ein gemeinsames japanisch-amerikanisches Luftverteidigungssystem in Fernost zu integrieren.

Beide Regierungen hätten bereits im März 2005 ein entsprechendes Memorandum unterzeichnet, lässt das japanische Verteidigungsministerium verlauten.

Vorgesehen ist, dass der japanische Konzern Mitsubishi Heavy Industries mit der US-Firma Lockheed Martin im Frühjahr 2006 einen diesbezüglichen Vertrag zur Lizenzproduktion der Lenkwaffen abschliessen wird.

Ausschlaggebend für die Anstrengungen zur Verbesserung der Luftverteidigung Japans ist die nordkoreanische Raketenbedrohung. Nachdem Nordkorea 1998 eine Mittelstreckenrakete über Japan hinweg getestet hatte, beschloss Tokio unverzüglich, sich an einem gemeinsamen künftigen Abwehrsystem mit den USA zu beteiligen. Gemäss den neuen japanischen Verteidigungsrichtlinien, die einen Ausbau der Streitkräfte vorsehen, soll auch die Sicherheitsallianz mit Washington verstärkt werden.



Flab-Lenkwaffensystem «Patriot» während einer Übung in Südkorea.

Luftverteidigungssysteme «Patriot» werden heute weltweit durch diverse Streitkräfte genutzt. Neben den USA und Japan verfügen heute auch Deutschland, Griechenland, die Niederlande, Türkei, Israel, Kuwait, Saudi Arabien und Taiwan über solche Systeme. Eine bereits beschlossene Lieferung an Ägypten soll in nächster Zeit beginnen. hg ■